

# Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Postfach Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfensteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Er erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis mit der Illust. Sonntagsbeilage vierteljährlich 1 Mk. 75 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 80 Pfg. Anzeigenpreis: die fünfspaltige Korpuszeile 15 Pfg. Amlicher Teil sechsspaltige Zeile 20 Pfg. Reklamzeile 30 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 81.

Freitag, 13. Juli 1917.

28. Jahrgang.

## Ämtliches.

### Neue Höchstpreise für Frühgemüse.

Infolge der schlechten Ernteerhältnisse werden für die folgenden Frühgemüse neue Erzeugerhöchstpreise festgesetzt:

- a) Erbsen (gedrückt oder gereift) je Pfund 40 Pfg.
- b) Bohnen:
  - grüne Bohnen . . . . . 40 .
  - Wachs- und Peribohnen . . . . . 50 .
- c) Möhren und längliche Karotten . . . . . 25 .
- d) Karotten (runde, kleine) . . . . . 30 .
- e) Kohlrabi . . . . . 30 .
- f) Früh-Wirbling- u. Frühbrothohl . . . . . 22 .
- g) Früh-Weißhohl . . . . . 20 .
- h) Früh-Zwiebeln . . . . . 20 .
- i) Früh-Spinat (nicht Spinat-Ersatz) . . . . . 28 .

2. Diese Erzeugerhöchstpreise gelten für das Gebiet des Königreichs Sachsen bis auf weiteres.

Die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 15. Juni 1917 (Staatszeitung vom 16. Juni 1917 Nr. 137) und vom 28. Juni 1917 (Staatszeitung vom 28. Juni 1917 Nr. 147) betr. Höchstpreise für Frühgemüse bleiben nur hinsichtlich der für Blumenkohl in den Kreishauptmannschaften Bautzen und Dresden festgesetzten Preise in Geltung.

3. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Erzeugerhöchstpreis die Kosten der Beförderung zur Cabelfeile und der Verladung im Bahnwagen oder im Schiff mit umfaßt.

4. Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1917 in Kraft.

Dresden, den 10. Juli 1917.

Ministerium des Innern.

## Ausgabe der Kartoffelkarten.

Die Ausgabe der Kartoffelkarten für die Zeit vom 18. Juli bis 11. September 1917 findet

Freitag, den 13. Juli d. J.

von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachm. im Rathaussaal für die Einwohner Naunhofs statt.

Die Haushaltungsvorstände werden aufgefordert, entweder selbst oder durch zuverlässige Personen, die Auskunft über die zur Haushaltung gehörigen Personen geben können, die Karten an der genannten Stelle gegen Rückgabe der Stammeisten zu entnehmen.

Naunhof, am 12. Juli 1917.

Der Bürgermeister.

## Stadtgemeinderatsitzung

Freitag, den 13. Juli 1917, abends 7/8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Gewährung eines Beitrags zur U-Boot-Spende.
2. Herstellung des Brandlifer Weges.
3. Beschleunigungssachen.
4. Lebensmittelfragen.
5. Beschaffung von Heizstoffen.
6. Gosanfallssachen.

## Das gleiche Wahlrecht für Preußen.

Ein Erlaß des Königs an das Preußische Staatsministerium.

Wb. Berlin, 11. Juli. (Ämtlich.) Seine Majestät der König hat an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlaß gerichtet:

Auf den Mir in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April des Jahres gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtag der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Aenderung des Wahlrechtes zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917.

gez. Wilhelm R. gegengez. Bethmann Hollweg.

An den Präsidenten des Staatsministeriums.

## Vertagung des Hauptauschusses.

Berlin, 10. Juli.

Der Hauptauschuh des Reichstages trat heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Spahn (Ztr.) und in Anwesenheit des Reichshanzlers pünktlich um 9 Uhr früh zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Eberl an den Reichshanzler die Frage, ob er in der Lage sei, dem Ausschuh Mitteilungen über die Ergebnisse des gestrigen Kronrates zu machen. Der Reichshanzler lehnte eine solche Mitteilung ab mit dem Bemerkten, daß sich der Ausschuh noch kurze Zeit gedulden müsse. Abgeordneter Eberl beantragte hierauf die Vertagung der Ausschuh-Sitzung, bis die Lage geklärt sei, da es unter diesen Umständen keinen Zweck habe, die gestrigen Verhandlungen fortzusetzen. Diesem Antrag schloß sich der Ausschuh ohne Debatte an. In großer Erregung verließen die Mitglieder den Saal.

Obgleich es als ausgeschlossen gilt, daß heute noch eine Sitzung des Hauptauschusses einberufen wird, bleiben die Mitglieder des Ausschusses im Reichstagsgebäude versammelt und überall in den Wandelgängen sieht man lebhaft diskutierende Gruppen von Abgeordneten zusammenstehen.

Für Dienstag nachmittags 1/4 Uhr war abermals eine unterfraktionelle Versammlung der vier großen Reichstagsparteien (Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittliche Volkspartei und Mehrheitssozialdemokraten) im Reichstagsgebäude einberufen.

## Empfänge beim Kaiser.

Der Reichshanzler erklärte im Hauptauschuh, der Kaiser habe sich am Schluß der Monats Sitzung des Kronrates seine Entscheidung über die unter Umständen geplanten Personalveränderungen in der Regierung vorbehalten. Bemerkenswert ist, daß der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld vom Kaiser empfangen wurde und daß hierbei die gesamte politische und militärische Lage eingehend erörtert wurde. Dem Vernehmen nach empfing der Kaiser Dienstag den freisinnigen Abgeordneten v. Payer, und zwar auf Vorschlag des Reichshanzlers. Wie es heißt, soll eine kaiserliche Proklamation an das Volk bevorstehen.

## Berufung des Kronprinzen Wilhelm nach Berlin.

Berlin, 11. Juli.

Die Spannung in der politischen inneren Lage dauert mit unverminderter Stärke an. Gestern erörterte der Kaiser mit dem Reichshanzler im Anschluß an den Kronrat in mehrstündiger Unterredung die schwebenden Fragen und deren Lösung. Der Kaiser berief den Kronprinzen zur Besprechung der in Aussicht genommenen Entscheidungen nach Berlin.

Der Kronprinz ist bereits heute morgen in Berlin eingetroffen. Der Kaiser hat die Meinung geäußert, daß die von der Reichstagsmehrheit gewünschten Neuregelungen so schwerwiegender Natur und so tief eingreifend in das Verfassungsgeschehen sind, daß ihre Wirkungen weit über die eigene Regierungszeit hinaus reichen und eine Beratung mit dem Thronfolger notwendig und geboten sei. Der Kronprinz kam mit Sonderzug über Hannover.

Die Berufung des Kronprinzen zeigt jedenfalls, daß weittragende Entscheidungen zu erwarten sind. Als unrichtig und aus der Luft gegriffen werden amtlich die Besseren Nachrichten über Vorschläge bezeichnet, die der preussische Minister des Innern v. Koebell dem Kaiser gemacht haben soll. Ebenso unrichtig ist die telegraphische Meldung aus Wien, nach welcher der Abg. Eraberger vor einigen Tagen in Wien gewinkt hätte und vom Kaiser Karl in Audienz empfangen worden sei.

## bleibt oder geht der Kanzler?

Eine offiziöse Mitteilung in der Nordd. Allg. Stg. stellt fest, daß die von mehreren Berliner Blättern verbreitete Angabe, der Kanzler habe im Hauptauschuh sein Verbleiben im Amt aus vaterländischem Interesse für notwendig erklärt, eine reine Erfindung ist. Aber die Frage des Verbleibens des Kanzlers im Amt geben die Meinungen nach wie vor sehr auseinander. Immerhin erscheint sein Rücktritt noch keineswegs als gewiß. Die Mehrheitsparteien stehen noch immer auf dem Standpunkt, daß, wenn er ihre Forderungen restlos erfüllt, seinem Verbleiben im Amt nichts entgegensteht. Allerdings scheint er bisher nur in der preussischen Wahlrechtsfrage vollständig nachgegeben zu haben. Wenn auch in denjenigen Parteien, die ihn und seine Politik bisher gestützt haben, der Gedanke eines Kanzlerwechsels erwogen wird, so deshalb, weil er auf dem Wege zur Parlamentarisierung Hindernisse aufgestellt zu haben scheint. Will er mit der Mehrheit des Reichstages einig werden, so wird er in bezug auf die Parlamentarisierung mehr Entgegenkommen als bisher zeigen müssen. Als Kandidat für den Fall eines Kanzlerwechsels wurde heute im Reichstag

## Fürst Bülow

genannt. In den Kreisen der Reichstagsmehrheit hält man aber diese Kandidatur für schlechthin unmöglich. Die Sozialdemokraten sind seine Gegner, auch das Zentrum hat ihm die Zeit der Blockpolitik nicht vergessen. Schrittmacher für ihn sind eigentlich nur die Nationalliberalen. Selbst die Konservativen würden in seiner Wiederberufung keine glückliche Lösung sehen. Zwei führende Abgeordnete der Mehrheitsparteien sagten: Steht die Frage so: Bethmann oder Bülow, so würden die Mehrheitsparteien vermutlich einmütig gegen Bülow Stellung

nehmen. Von einer Seite, die mit Herrn von Bethmann Hollweg persönlich konfidierte, wird gelogt, daß ein Rücktritt des Kanzlers nicht wahrscheinlich sei. Er beläße nach wie vor das Vertrauen des Kaisers. Von anderer Seite wird aber wiederholt, daß sowohl im Zentrum wie bei den Nationalliberalen starke Strömungen gegen den Kanzler vorhanden sind und daß der Gedanke, es müsse die Umbildung der Regierung an Haupt und Gliedern erfolgen, immer mehr an Boden gewinne.

## Protest der Konservativen.

Nach der Kreuzzeitung menet sich die konservative Partei gegen die weitere Verschiebung der Kriegskreditvorlagen. Es wurde bekannt, daß die Tagesordnung der für heute geplanten Reichstags-Sitzung deshalb abgeändert sei, weil die Vereinbarung der Regierung mit der Linken und dem Zentrum über die innerpolitische Neugestaltung noch nicht endgültig erreicht ist. Die konservative Fraktion will hiergegen mit der Begründung Einspruch erheben, daß die Entscheidung über diese Frage des wichtigsten Verteidigungsmittels unseres Vaterlandes nicht von Vereinbarungen über innerpolitische Verhältnisse abhängig gemacht werden dürfe. In dieser Frage könne nur die eine Notwendigkeit bestehen, dem Vaterlande ohne Gegenleistung das zu geben, dessen es in der Stunde der Not bedarf.

## Sozialdemokratische Bedenken.

Im heutigen Heftartikel des "Vorwärts" wird die Möglichkeit behandelt, daß mit der Entwicklung der Krise Sozialisten zum Eintritt ins Ministerium aufgefordert werden könnten, und untersucht die Bedingungen, unter denen allein die Sozialisten sich entschließen könnten, an einer bürgerlichen Regierung teilzunehmen. Der Artikel hält es für nicht anständig, daß deutsche Sozialdemokraten sich ähnlich wie der französische Sozialist Thomas oder der Belgier van der Velde an einer Fortsetzung der Kriegspolitik beteiligen würden. Deutsche Sozialdemokraten könnten nur dann in die Regierung eintreten, wenn diese dem Frieden und der Demokratie dienen will. Wenn die Regierung nicht klar auf ein solches Programm festgelegt sei, so würden nur die Sozialisten, nicht die Regierung, eines Gefinnungsänderung verdächtig werden. Sozialisten können nur der demokratischen Regierung eines demokratisch regierten Landes angehören. Eine Regierung, die mit Hilfe der Sozialdemokratie gebildet werde, müsse am Tage ihres Amtsantritts erklären, daß sie nur so lange im Amt bleiben werde, als sie sich auf das ausgesprochene Vertrauen des Reichstags stützen kann.

## Gerüchte über Gerüchte.

Als in die Abendstunden des Mittwoch blieb die Klärung der politischen Lage aus. Taufenderlei Gerüchte gingen sowohl in den diplomatischen Berliner Kreisen wie bei den zahlreich anwesenden Reichstagsabgeordneten um. So sprach man von einer bevorstehenden abermaligen Kronrats-Sitzung im Beisein des Kronprinzen Wilhelm, während von anderer Seite dieser Mitteilung widersprochen wurde.

## Einberufung des Bundesrats-Ausschusses.

München, 11. Juli.

Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling hat plötzlich seinen Sommerurlaub in Ruhpolding unterbrochen und ist heute vormittag vom König in einer längeren Audienz empfangen worden. Daß diese Rückkehr und der Empfang des Grafen Hertling mit der politischen Krise zusammenhängt, darüber braucht kein Zweifel zu bestehen. Diese Audienz dürfte auch in der Hauptsache den Zweck verfolgen, eine Aussprache mit dem König herbeizuführen, bevor der Ministerpräsident als Vorsitzender des Bundesrats-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in den nächsten Tagen nach Berlin reist, um dort, wie hier verlautet, den Bundesrats-Ausschuh einzuberufen.

Rechtsch wird auch Graf Hertling als Nachfolger des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg bezeichnet. Die Verechtigung eines solchen Gerüchtes läßt sich natürlich nicht nachprüfen.

## Entlassungsgesuch des Kanzlers?

Berlin, 11. Juli.

Die Vossische Zeitung behauptet in ihrer Mittwoch-Abendnummer, Verhätigung für ihre Behauptung erhalten zu haben, daß der Kanzler gekünn sein Entlassungsgesuch eingereicht habe. Gleichzeitig hätten auch die übrigen Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihre Entlassung gegeben.

Neben dem Grafen Hertling und dem Fürsten Bülow werden noch zahlreiche Namen als Kandidaten für den Reichskanzlerposten genannt, ohne daß zu übersehen ist, ob im einzelnen Falle mehr der Wunsch oder das Interesse der Vater des Gedankens ist.

## Abgabe des Zentrums an den Kanzler.

Auf den Entschluß des Kanzlers zum Rücktritt soll angeblich die Tatsache stark eingewirkt haben, daß die Zentrumskraktion in scharfer Weise gegen ihn Stellung genommen habe. Die Voss. Stg. will ganz zuverlässig gehört haben, daß Dienstag der Vorstand des Zentrums im

be. 1/2 Uhr: Uhr. Uebung: theater. tag 7 1/2 Uhr: 1/2 Uhr: „Gos“: ipzig: Schmied seines d, ferner (auf in 3 Akten mit en. die Finsternis, ferner „Der ältere Almoauf- luge 50. Zeit in Naunhof: reisen! t oder er aus mer, elektr. me. Zent- bergüfel. ungen des 24. on, 13jährig- aufenthalt pflegung. sofort an die il. angem uttor, wok üller. Trauer- pier in bei släufer der as Schweif- ragen, wor worten ha- as zu essen rimmigen ite ist, ch Mißha- äge an der : „Selbst- üßen; aber octal vor; ag fast in Logen die erleuchtet a Schalen- Bouleang ie Kontur u des Tor- litten. n Feuster zu Schlit- Weichen, e, wirklich Hause ge- argareies as heilige lich brach h Schriftbe 231,27